

## Die brandenburgische Landtagswahl vom 27. September 2009: Die Landes-SPD trotz dem Bundestrend

Oskar Niedermayer

### 1. Die Ausgangslage

Der Landtagswahlkampf in Brandenburg 2004 war von „Hartz IV“ beherrscht worden. Die damalige PDS griff das Thema in populistischer Weise auf und profilierte sich als Partei des sozialen Gewissens. Während sich die CDU mit ihrer Reaktion schwer tat, entschied sich die SPD für eine offensive, stark personalisierte Gegenstrategie, indem sich Ministerpräsident *Matthias Platzeck* dem Bürgerprotest stellte und sich als Anwalt der ostdeutschen Interessen präsentierte. Dies wurde von den Wählern letztendlich honoriert: Die SPD erlitt zwar herbe Verluste, konnte sich jedoch vor der deutlich erstarkten PDS als Nummer eins behaupten, während die CDU abgeschlagen auf Platz drei landete. Die Grünen und die FDP scheiterten an der Fünfprozenthürde, während der rechtsextremen DVU der erneute Einzug ins Landesparlament gelang. Die Art der zwischenparteilichen Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes hatten innerhalb der anfangs durchaus nach beiden Seiten offenen SPD die Weichen in Richtung einer erneuten Koalition mit der CDU gestellt, die daher nach der Wahl auch sehr schnell zustande kam<sup>1</sup>.

Auch in der zweiten gemeinsamen Wahlperiode blieben größere Koalitionskrisen zwischen SPD und CDU aus. Das Land machte – vor der Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende 2008 – deutliche Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Landesregierung unterstützte keine unsinnigen Großprojekte mehr und reformierte die Wirtschaftsförderung durch Konzentration auf Wachstumskerne. Angefangen, aber nicht zu Ende gebracht wurden die Schulreform, die Amtsgerichtsreform und die Funktionalreform in Bezug auf die kommunalen Kompetenzen. Zu einer gemeinsamen Aktion der oppositionellen Linkspartei mit den nicht im Landtag vertretenen Grünen gegen die Energiepolitik der Landesregierung kam es bei dem gescheiterten Versuch, neue Vorhaben zum Braunkohletagebau durch ein Volksbegehren zu verhindern<sup>2</sup>. Bundesweites Aufsehen erregte die so genannte Bodenreformaffäre. Das Land hatte sich bis zum Ablauf einer Verjährungsfrist Ende 2000 „in rund 10.000 Fällen selbst zum rechtlichen Vertreter für vermeintlich unauffindbare Erben von Bodenreformgrundstücken berufen lassen, ohne gründlich nach Erben gesucht zu haben“<sup>3</sup>. Ins Rollen kam die Affäre, nachdem der Bundesgerichtshof im Dezember 2007 diese Praxis als sittenwidrig und nichtig eingestuft hatte. Ein im Februar 2008 auf Antrag der Linken eingesetzter

- 1 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004: Reaktionen der Wähler auf Hartz IV, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 64 – 80.
- 2 Das Volksbegehren wurde bis zum Ende der Eintragungsfrist Anfang Februar 2009 von etwas über 25.000 Bürgern unterstützt, nach der Landesverfassung sind für ein erfolgreiches Volksbegehren aber mindestens 80.000 Unterschriften notwendig.
- 3 *Igor Goldner*, Anwalt legt „Skandalchronik“ vor, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 2. September 2009.

Untersuchungsausschuss des Landtags übte in seinem Abschlussbericht vom März 2009 deutliche Kritik am Agieren der jeweiligen Landesregierungen.

Da man dieses Problem jedoch offenbar nicht der jetzigen Regierung anrechnete, fiel die Leistungsbilanz der SPD-CDU-Koalition vor Beginn des Wahlkampfes in den Augen der Brandenburger positiv aus: Waren vor der Landtagswahl 2004 lediglich 35 Prozent der Befragten mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden oder sehr zufrieden, so waren im Mai 2009 52 Prozent dieser Ansicht<sup>4</sup>, wobei allerdings vor allem die SPD von dem positiven Urteil profitierte. Dies lag auch an den Nachwirkungen des negativen Bildes, das der CDU-Landesverband vor allem zwischen 2006 und Ende 2008 abgegeben hatte. Zum Ende der Ära *Jörg Schönbohm* hatte sich die CDU „als Intrigantenstadl bundesweit einen Namen gemacht“<sup>5</sup> und sich damit fast selbst zerlegt. *Schönbohm* hatte Ende 2005, nach einer Debatte über seine Äußerungen zur Proletarisierung in Ostdeutschland, seinen Rückzug vom Landesvorsitz für Anfang 2007 angekündigt. Danach lieferte sich das Lager um *Sven Petke*, der aufgrund der so genannten E-Mail-Affäre um die mutmaßliche Überwachung des elektronischen Postverkehrs von CDU-Vorstandsmitgliedern als CDU-Generalsekretär zurückgetreten war<sup>6</sup>, einen heftigen, von vielen Beobachtern als Schlammschlacht angesehenen Machtkampf mit den Anhängern von *Schönbohms* Wunschnachfolger, dem Wirtschaftsminister *Ulrich Junghanns*. *Petke* unterlag bei der Wahl zum Landesvorsitzenden Ende Januar 2007 *Junghanns* knapp, wurde aber Vizeparteichef und hatte im neuen Landesvorstand eine eindeutige Mehrheit. Daher setzten sich die Querelen fort, und der Absturz der CDU bei den Kommunalwahlen im Herbst 2008<sup>7</sup> bedeutete das Aus für den glücklos agierenden und im parteiinternen Lagerkampf zerriebenen Landeschef. Er trat zurück und übergab das Amt kommissarisch an die Vize-Vorsitzende und Wissenschaftsministerin *Johanna Wanka*, auf die man sich intern geeinigt hatte, um die Grabenkämpfe zu beenden. *Wanka* wurde daher ohne eine Gegenkandidatur im Januar 2009 mit großer Mehrheit zur Landesvorsitzenden gewählt. Unter ihrer Führung lautete der Kurs fortan „Wunden heilen“ und „Geschlossenheit demonstrieren“.

## 2. Der Wahlkampf

Die Entscheidungen der Parteien hinsichtlich ihrer Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2009 wurden in sehr unterschiedlichem Abstand zur Wahl getroffen. Als erste kürte die FDP ihren Generalsekretär *Hans-Peter Goetz* Anfang Dezember 2008 zur Nummer eins auf der Liste. Die Linkspartei folgte Mitte Dezember, wählte allerdings ihre Fraktionschefin im Landtag, *Kerstin Kaiser*, nur mit mageren 76 Prozent zur Spitzenkandidatin. Besser schnitt Mitte Januar 2009 *Johanna Wanka* von der CDU ab, die 89 Prozent der Delegiertenstimmen erhielt. Die Wahl der Grünen-Spitzenkandidatin, der Landesgeschäftsführerin *Marie Luise von Halem*, erfolgte erst im April, und die SPD ließ sich mit der erneuten, von 95 Prozent der Delegierten unterstützten Nominierung von *Matthias Platzeck* bis Mitte

4 Vgl. Infratest dimap, BrandenburgTREND Mai 2009, Berlin 2009, S. 2.

5 *Constanze von Bullion*, Medizin für die ostdeutsche Seele, in: SZ vom 22. September 2009.

6 *Petke* wurde später politisch und rechtlich rehabilitiert.

7 Die CDU, bei der Kommunalwahl von 2003 noch Wahlsieger, verlor ein Drittel ihrer Wähler und rutschte auf Platz drei ab.

Juni Zeit. Die rechtsextreme DVU beschloss ohne Absprache mit der NPD eine Europawahlliste und eine Landesliste zur Landtagswahl, die keine NPD-Politiker berücksichtigte. Sicherheitsexperten werteten die Profilierung der durch das Ausscheiden ihres langjährigen Bundesvorsitzenden *Gerhard Frey* Anfang des Jahres auch finanziell dramatisch geschwächten DVU „in Form einer verstärkten Abgrenzung gegen die NPD“ als den letzten „Versuch, die eigene Parteixistenz zu retten“<sup>8</sup>. Die Listenaufstellung bedeutete faktisch den Bruch des im Januar 2005 verkündeten „Deutschland-Pakts“ zwischen den beiden Parteien, nachdem die DVU zwar zu beiden Wahlen in Brandenburg allein antreten, aber auf ihren Listen auch NPD-Kandidaten berücksichtigen sollte. Über diesen Schritt verärgert und von dem besseren Abschneiden bei den Kommunalwahlen beflügelt, beschloss die NPD – in deren Reihen es schon längere Zeit deutliche Vorbehalte gegen eine DVU-Unterstützung gegeben hatte – bei der Landtagswahl selbst anzutreten und damit den Pakt offiziell aufzukündigen.

Auch die Verabschiedungen der Wahlprogramme lagen weit auseinander. Die Grünen machten den Anfang Mitte Februar 2009, die FDP folgte im April und die SPD Mitte Juni, während die CDU und die Linke ihr Programm erst Mitte Juli verabschiedeten. Alle Parteien setzten zum einen auf ihre Kernkompetenzen – SPD und Linke auf die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, CDU und FDP auf die Wirtschaftspolitik und die Grünen auf die Ökologie – und zum anderen auf das klassische landespolitische Thema Bildung.

Da die Landtagswahl zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfand, wurde eine mehr oder minder deutliche Beeinflussung der Chancen der einzelnen Parteien durch die bundespolitische Großwetterlage erwartet. Negativ betraf dies vor allem die SPD, die daher im Wahlkampf nicht müde wurde zu betonen, dass es am 27. September um Brandenburg gehe. Als Schlüssel für diese Abkopplung vom Bundestrend und die Erreichung des Wahlziels, mit deutlichem Abstand zur Linken stärkste Partei zu werden, wurde Ministerpräsident *Matthias Platzeck* angesehen<sup>9</sup> und der Wahlkampf daher stark auf seine Person zugeschnitten. Wegen des sehr hohen Bekanntheitsgrades ihres Spitzenkandidaten konnte die SPD darauf verzichten, seinen Namen auf die Plakate zu drucken. Wie schon 2004, so wurde auch diesmal das „Wir-Gefühl“ der Bevölkerung in Identifikation mit dem Kandidaten angesprochen: War *Platzeck* 2004 „Einer von uns“, so firmierte er jetzt als „Der Brandenburger“. Auf seiner Wahlkampftour – zunächst in Form einer Reihe von Gesprächen mit Multiplikatoren aus Vereinen und Verbänden, dann bei größeren Kundgebungen – war daher kaum Polemik gegen die politischen Gegner zu hören; stattdessen beschwor *Platzeck* immer wieder den Geist des Miteinanders. Sein Wahlkampf war „eine Wellnesskur der besonderen Art. Da gibt es viel Schulterklopfen und Schauer warmer Worte, Streicheleinheiten für Enttäuschte, Herzmassagen für Gestrauchelte und eine Medizin, die Stolz heißt und die Seele wärmt“<sup>10</sup>.

Die SPD ging wieder ohne Koalitionsaussage in die Wahl und konnte sich daher „vor Liebesbekundungen der politischen Gegner kaum retten“<sup>11</sup>, sodass letztlich keine Partei

8 *Frank Schauka*, Extremisten-Pakt am Ende, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 16./17. Mai 2009.

9 So betonte SPD-Wahlkampfchef *Klaus Ness*: „*Matthias Platzeck* ist unser stärkstes Argument, die SPD zu wählen“ (zitiert nach *Igor Göldner*, Der Herzchen-Wahlkampf, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 17. August 2009).

10 *Constanze von Bullion*, a.a.O. (Fn. 5).

11 *Ariane Mohl*, Gewinnen mit dem *Platzeck*-Effekt, in: Zeit online vom 23. September 2009.

einen aggressiven Negativwahlkampf führte, auch wenn man sich bei den politischen Inhalten bemühte, den Eindruck eines reinen Schmusekurses zu vermeiden. Umstritten waren vor allem zwei landespolitische Themen: die Energie- und die Bildungspolitik. Energiepolitisch hielten SPD und CDU am Braunkohletagebau fest, während die Linke spätestens 2040 aus der Braunkohle aussteigen und die Grünen bereits in zehn Jahren den gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken wollten. In der Bildungspolitik forderten alle Parteien mehr Lehrerstellen, kleinere Klassen und einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten, während die Einführung eines Schüler-Bafög und die Frage der Gemeinschaftsschule zwischen SPD, Linkspartei und Grünen auf der einen und CDU und FDP auf der anderen Seite umstritten waren.

Die Personenkampagne der beiden *Platzeck*-Konkurrentinnen *Kerstin Kaiser* und *Johanna Wanka*, die mit ihrer geringen Bekanntheit zu kämpfen hatten<sup>12</sup>, trug jedoch deutliche Züge eines Wohlfühl-Wahlkampfes: *Wanka* machte aus ihrem Wahlziel, als Juniorpartner der SPD die bisherige Koalition fortsetzen zu wollen, von Anfang an keinen Hehl<sup>13</sup>, versuchte im Rahmen einer Charme-Offensive mit „Heimat im Herzen“ zu punkten und verbrachte eine großen Teil ihrer Wahlkampftour damit, auf Brandenburger Marktplätzen Kochrezepte zu verteilen. *Kaiser* erhob im Januar 2009 noch Anspruch darauf, die SPD als stärkste Kraft abzulösen und selbst Ministerpräsidentin zu werden<sup>14</sup>, akzeptierte dann aber *Platzecks* Führungsanspruch, reduzierte das Wahlziel auf die Wiederholung des Ergebnisses von 2004 mit dem Wunsch nach Regierungsbeteiligung, vermied Konfrontationen mit der SPD und tourte arbeiterliedersingend mit ihrer CD „Der rote Mohn“ durch das Land.

Primäres Ziel der FDP und der Grünen war es, nach 15 Jahren wieder in den Landtag zu kommen. Beide Parteien setzten die Marke mit mindestens acht Prozent allerdings sehr hoch und spekulierten auf eine Neuauflage der Ampelkoalition, die Brandenburg schon einmal von 1990 bis 1994 regiert hatte. Die FDP kopierte die Kampagne der Bundespartei und forderte „Mehr Netto vom Brutto“, die Grünen propagierten „Aus der Krise hilft nur Grün“; beide konzentrierten ihre Wahlkampfanstrengungen auf das Berliner Umland, wo ihre Stärken liegen. Auftrieb gab es in der Schlussphase für beide Parteien durch die guten Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und dem Saarland am 30. August. Für die rechtsextreme DVU signalisierten die Umfragen hingegen das Ausscheiden aus dem Landtag und ihre Kundgebungstour geriet zum Flop. DVU und NPD präsentierten die üblichen „Provokationen und tumben Parolen“<sup>15</sup>, wobei sie sich vor allem in der gemeinsamen Hetze gegen Polen trafen<sup>16</sup>.

12 Zu Beginn der heißen Wahlkampfphase war *Wanka* nur jedem zweiten und *Kaiser* nur jedem vierten Brandenburger ein Begriff, vgl. Infratest dimap, BrandenburgTREND, September 2009, Berlin 2009, S. 2.

13 Vgl. *Igor Goldner*, CDU schmüst mit der SPD, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 24. April 2009.

14 Vgl. *ders.*, Kaiser will Platzecks Job, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 7. Januar 2009.

15 *Konrad Litschko*, Rechter Bruderkampf in der Mark, in: taz.de vom 25. September 2009.

16 Die DVU verteilte „Pawel, bleib zu Hause“-Flugblätter, die NPD forderte „Grenze sichern, Kriminalität stoppen“.

### 3. Das Wahlergebnis

Bis zum Ende der Einreichungsfrist am 10. August hatten 15 Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen ihre Landeslisten eingereicht. Am 14. August entschied der Landeswahlausschuss, zwei der Listen nicht zuzulassen: die Liste der Piratenpartei Deutschland, da sie keine gültige Wahlanzeige eingereicht hatte, und die Liste der Deutschen Arbeitslosen Partei, weil nicht die erforderlichen 2000 Unterstützungsunterschriften beigebracht worden waren<sup>17</sup>. Weitere zwei zur Wahl zugelassene Parteien (Familien-Partei Deutschlands und Freie Union) reichten keine Landeslisten ein, für sie trat lediglich in jeweils einem Wahlkreis ein Bewerber an. Insgesamt bewarben sich 443 Kandidaten um einen der 88 Sitze des Landtages, davon 319 als Direktkandidaten in den 44 Wahlkreisen.

Obwohl die Landtagswahl wegen des identischen Termins von der Bundestagswahl überlagert war, überwogen für die Mehrheit der Wähler landespolitische Motive bei der Stimmabgabe<sup>18</sup>. Einen wesentlichen Einfluss hatte die Bundestagswahl jedoch auf die Wahlbeteiligung: Von den 2.126.357 Wahlberechtigten nahmen 1.425.069 an der Wahl teil. Die Wahlbeteiligung stieg damit von 56,4 Prozent im Jahre 2004 auf 67 Prozent<sup>19</sup>. Wie schon bei der Landtagswahl von 2004, so konnte auch 2009 die Landes-SPD unter Ministerpräsident *Platzek* der bundespolitischen Großwetterlage trotzen. Während die Bundes-SPD in Brandenburg mit 25,1 Prozent nur leicht über dem bundesweiten Ergebnis von 23 Prozent lag, erreichte die Landespartei 33 Prozent der Stimmen (vgl. Tabelle 1). Sie landete damit vor der Linkspartei, die gegenüber 2004 leichte Einbußen hinnehmen musste. Dritte Kraft blieb die CDU, wobei die Landespartei deutlich unter dem Ergebnis der Bundes-CDU lag. Eindeutige Gewinner der Wahl waren die FDP und die Grünen, die ihren Stimmenanteil erheblich steigern und beide nach 15 Jahren wieder in den Landtag einziehen konnten. Dagegen scheiterte die seit 1999 im Landtag vertretene DVU diesmal mit nur 1,1 Prozent klar an der Fünfpfrozenthürde<sup>20</sup>.

Von den 88 Mandaten konnte die SPD 31 erringen (19 Direkt- und zwölf Listenmandate), die Linke kam auf 26 (21 Direkt- und fünf Listenmandate), die CDU auf 19 (vier Direkt- und 15 Listenmandate). Die FDP erreichte sieben und die Grünen fünf Listenmandate. Wie schon 2004 konnte *Matthias Platzek* das beste Erststimmenergebnis seiner Partei und diesmal mit 46,2 Prozent auch das beste Erststimmenergebnis überhaupt erzielen und seinen Wahlkreis mit dem größten Abstand zum Zweitplatzierten gewinnen. Die Spitzenkandidatin der Linkspartei, *Kerstin Kaiser*, gewann ihren Wahlkreis ebenfalls, während die CDU-Spitzenkandidatin *Johanna Wanka* ihrer SPD-Konkurrentin knapp unterlag.

17 Zu den Namen und Abkürzungen der zugelassenen Listen vgl. Tabelle 1.

18 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. September, Mannheim 2009, S. 53.

19 Alle offiziellen Ergebnisse der Wahl sind entnommen aus: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Wahl zum 5. Brandenburger Landtag am 27. September 2009. Endgültiges Ergebnis, Potsdam 2009.

20 Nach Einschätzung des brandenburgischen Verfassungsschutzes hat die DVU wegen fehlender kommunaler Basis in Brandenburg keine Zukunft. Die NPD, die von den kleinen Parteien mit 2,6 Prozent das beste Ergebnis erzielen konnte, bleibt jedoch trotz leerer Kassen weiterhin eine Gefahr. Vgl. Aktive „Parteisoldaten“, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 16. November 2009.

**Tabelle 1: Ergebnis der Wahl zum Brandenburger Landtag am 27. September 2009 im Vergleich zur Bundestagswahl und zur Landtagswahl 2004 (Zweitstimmen und Sitzverteilung)**

	Landtagswahl 2009			BTW	LTW 2004	
	Anzahl	%	Sitze	%	%	Sitze
Wahlberechtigte	2.126.357					
Wähler	1.425.069	67,0	88	67,0	56,4	88
Gültige Stimmen	1.388.722					
SPD	458.840	33,0	31	25,1	31,9	33
Die Linke	377.112	27,2	26	28,5	28,0	29
CDU	274.825	19,8	19	23,6	19,4	20
FDP	100.123	7,2	7	9,3	3,3	–
Grüne	78.550	5,7	5	6,1	3,6	–
NPD	35.544	2,6	–	2,6	–	–
Freie Wähler	23.296	1,7	–	–	–	–
DVU	15.903	1,1	–	0,9	6,1	6
50Plus	7.905	0,6	–	–	1,0	–
RRP	6.896	0,5	–	–	–	–
Die-Volksinitiative	4.452	0,3	–	–	–	–
REP	3.132	0,2	–	0,2	–	–
DKP	2.144	0,2	–	–	0,2	–
Sonstige	–	–	–	3,7	3,9	–

Abkürzungen der nicht im Landtag vertretenen Parteien: NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Freie Wähler = Zusammen für Brandenburg; Freie Wähler; DVU = Deutsche Volksunion; 50Plus: 50Plus Das Generationenbündnis; RRP = Rentnerinnen und Rentner Partei; Die-Volksinitiative: Die-Volksinitiative gegen die Massenbebauung Brandenburgs mit Windenergieanlagen und die verfehlte Wasserpolitik; REP = Die Republikaner; DKP = Deutsche Kommunistische Partei.  
Quelle: Der Landeswahlleiter Brandenburg.

Bei der Landtagswahl 2004 hatte die SPD bei den Frauen deutlich besser abgeschnitten als bei den Männern<sup>21</sup>; diesmal war – wie auch bei den anderen Parteien – kaum ein Unterschied festzustellen (vgl. Tabelle 2). Anders war dies beim Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Wie schon 2004, stieg das SPD-Wahlergebnis mit zunehmendem Alter deutlich an, und die Partei konnte nur bei den über 60-Jährigen ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Auch die Linke wurde von älteren Bürgern etwas stärker gewählt, während es bei der CDU keine großen Unterschiede gab. Alter und Bildung waren wesentliche Bestimmungsgründe für die Wahl der Grünen, deren Klientel auch bei dieser Wahl vorwiegend aus den jüngeren und Höhergebildeten bestand, aber auch die FDP konnte bei den jüngeren überdurchschnittlich gut abschneiden.

Die aus dem Wahlverhalten in Westdeutschland bekannten sozialstrukturellen Gruppenprägungen bezüglich der Berufsstruktur und der Konfession – mit den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern als traditioneller Kernklientel der SPD und den kirchengebundenen Katholiken als Kernklientel der CDU – hatten sich in Brandenburg 2004 nur für die CDU gezeigt. Bei der Wahl 2009 erzielte die CDU unter den Katholiken sogar das unter allen

21 Zu den Daten für 2004 vgl. Oskar Niedermayer, a.a.O. (Fn. 1), S. 74 f.

<i>Tabelle 2: Wahlentscheidung in sozialen Gruppen (Zeilenprozent)</i>					
	Zweitstimme an				
	SPD	Linke	CDU	FDP	Grüne
Gesamt	33,0	27,2	19,8	7,2	5,7
Geschlecht					
männlich	32	27	19	8	6
weiblich	34	27	20	7	6
Alter					
18-29 Jahre	25	24	20	10	8
30-44 Jahre	29	24	21	9	7
45-59 Jahre	31	31	18	8	6
60 Jahre und älter	42	29	20	3	3
Bildung					
Hauptschule	40	24	21	6	2
Mittlere Reife	30	28	20	8	5
Hochschulreife	32	26	19	9	9
Hochschulabschluss	34	31	18	6	8
Berufsgruppe					
Arbeiter	33	29	18	6	4
Angestellte	36	29	18	7	6
Beamte	33	24	22	7	9
Selbstständige	22	20	28	15	10
Arbeitslose	26	41	12	5	3
Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter	38	27	19	3	2
Konfession					
katholisch	33	15	40	5	6
evangelisch	38	16	27	7	7
keine	31	31	16	8	5

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn.18), S. 24 ff.

sozialen Gruppen mit Abstand beste Ergebnis<sup>22</sup>. Von den Arbeitern hatte die SPD bei der Wahl von 1999 mehr als doppelt so viele Stimmen bekommen wie die damalige PDS, 2004 wurde sie vor allem aufgrund des sozialen Protestes gegen die Agenda 2010 in dieser Berufsgruppe von der PDS als stärkste Kraft abgelöst. Betrachtet man nur die Gewerkschaftsangehörigen unter den Arbeitern, so konnte die PDS 2004 ihr Ergebnis von 1999 in dieser Gruppe verdoppeln und wurde mit Abstand stärkste Partei. Bei den Arbeitslosen legte die PDS ebenfalls wesentlich zu und verdrängte die SPD vom ersten Platz. Auch bei der Wahl von 2009 schnitt die SPD bei den Arbeitern nicht überdurchschnittlich gut ab, konnte jedoch wieder Platz eins erobern. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wurde sie diesmal jedoch weit überdurchschnittlich gewählt und ließ die Linke deutlich hinter sich. Lediglich bei den Arbeitslosen ist die Linke diesmal immer noch stärkste Partei.

22 Bei einem Katholikenanteil von nur etwa vier Prozent indiziert in Ostdeutschland die reine Konfessionszugehörigkeit schon eine genügend große Bindung an die katholische Kirche.

Das insgesamt gute Abschneiden der SPD wurde vor allem als „Triumph des beliebten Ministerpräsidenten“<sup>23</sup> interpretiert. In der Tat lag *Platzek* in allen Belangen – Bekanntheit, allgemeine Bewertung, Eigenschaftszuschreibungen und Zufriedenheit mit der Arbeit – deutlich vor allen anderen Spitzenkandidaten (vgl. Tabelle 3). Bei einer ungestützten Abfrage der Bekanntheit der Spitzenkandidaten<sup>24</sup> kurz vor der Wahl konnten 70 Prozent der Brandenburger *Platzek* als Spitzenkandidat der SPD nennen, seine beiden Konkurrentinnen *Kaiser* und *Wanka* wurden nur von zehn beziehungsweise 15 Prozent als Spitzenkandidatinnen ihrer jeweiligen Partei benannt. Bei vorheriger Nennung des Namens traute sich jeder Befragte zu, die politische Arbeit von *Platzek* zu bewerten, während bei *Wanka* ein gutes Drittel, bei *Kaiser* drei Fünftel, bei *Hans-Peter Goetz* (FDP) drei Viertel und bei *Marie Luise von Halen* (Grüne) fast fünf Sechstel aufgrund mangelnder Bekanntheit der Person kein Urteil abgeben konnten. Ein Vergleich mit den Bekanntheitswerten vor der heißen Wahlkampfphase (vgl. Abschnitt 2) zeigt, dass die Bemühungen der anderen Parteien, ihre Spitzenkandidaten bei der Bevölkerung bekannt zu machen, nur begrenzte Erfolge hatten.

Betrachtet man statt der kognitiven die evaluativen Orientierungen der Wähler gegenüber den Kandidaten, wird auch hier der große Vorsprung *Platzeks* deutlich. Über vier Fünftel der Brandenburger waren mit seiner politischen Arbeit sehr zufrieden oder zufrieden, wobei diese Auffassung von fast allen SPD-Anhängern, aber auch jeweils von etwa drei Vierteln der Anhänger aller anderen Parteien geteilt wurde<sup>25</sup>. Die allgemeine Bewertung von *Platzek* war daher auch deutlich besser als die seiner Konkurrentinnen, und im direkten Vergleich zu *Kaiser* lag er in allen vier zentralen Eigenschaftsdimensionen, nach denen die Bürger ihr Image eines Spitzenpolitikers bilden, das heißt in den Führungsqualitäten, der persönlichen Sympathie, der Glaubwürdigkeit und der Sachkompetenz, deutlich vor seiner Hauptkonkurrentin. Es ist daher nicht verwunderlich, dass *Platzek* in der Ministerpräsidentenpräferenz der Brandenburger sowohl *Kerstin Kaiser* als auch *Johanna Wanka* um mehr als 50 Prozentpunkte distanzierte. Es war daher eine durchaus richtige Entscheidung der SPD, einen sehr personalisierten Wahlkampf zu führen.

Der unbestreitbare Anteil *Platzeks* am Wahlerfolg der SPD sollte jedoch auch nicht überbewertet werden. Wie Tabelle 4 zeigt, entschlossen sich nach eigenen Angaben diesmal 37 Prozent der SPD-Wähler, die Partei wegen ihres Spitzenkandidaten zu wählen. Dies ist zwar ein deutlich höherer Anteil als bei allen anderen Parteien; 2004 waren es jedoch noch 47 Prozent und damit wesentlich mehr als jene, die ihr Kreuz wegen der Parteikompetenz in Sachfragen bei der SPD machten (26 Prozent), während diesmal inhaltliche Überlegungen zur Sachkompetenz der Partei bei 42 Prozent der SPD-Wähler im Vordergrund standen.

23 Katharina Peters, Platzek hat die Damenwahl, in: Spiegel online vom 27. September 2009.

24 Bei einer ungestützten Abfrage werden die Befragten gebeten, den Namen des Spitzenkandidaten zu nennen, bei einer gestützten Abfrage wird der Name genannt und es wird nach der Beurteilung gefragt, wobei die Antwortalternative „kenne ich nicht / kann ich nicht beurteilen“ zugelassen ist.

25 Vgl. Infratest dimap, WahlREPORT. Landtagswahl in Brandenburg 27. September 2009, Berlin 2009, S. 32.

**Tabelle 3: Kandidatenorientierungen (Angaben in Prozent)**

	Platzbeck	Kaiser	Wanka	Goetz	v. Halen
1) Ungestützte Bekanntheit („Wer ist Spitzenkandidat der ...?“)	70	10	15	–	–
2) Mit Arbeit sehr zufrieden / zufrieden	82	23	39	12	7
Mit Arbeit weniger / gar nicht zufrieden	17	16	24	15	9
Kenne ich nicht / kann ich nicht beurteilen	1	61	36	73	84
3) Allgemeine Bewertung (Skala von -5 bis +5)	2,9	0,7	1,3	–	–
4) Eigenschaftszuschreibungen*					
Eher Siegertyp	45	3	–	–	–
Sympathischer	43	5	–	–	–
Glaubwürdiger	39	4	–	–	–
Mehr Sachverstand	37	3	–	–	–
5) Direktwahl: <i>Platzbeck</i> vs. <i>Kaiser</i> **	70	10	–	–	–
Direktwahl <i>Platzbeck</i> vs. <i>Wanka</i>	69	–	14	–	–

\* Zu 100 Prozent fehlende Werte: kein Unterschied / weiß nicht / keine Antwort.  
\*\* Zu 100 Prozent fehlende Werte: keinen von beiden / weiß nicht / keine Antwort.  
Quellen: Vorwählerhebungen: Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 18), S. 15 ff. (1, 3 und 4) und Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 32 ff. (2 und 5).

**Tabelle 4: Wahlmotive: Kandidat, Sachkompetenz oder Parteibindung (Angaben in Prozent\*; in Klammern Veränderung zu 2004)**

	Alle	SPD	Linke	CDU	FDP	Grüne
Kandidat	24 (0)	37 (-10)	16 (0)	26 (+11)	19 (0)	8 (-5)
Sachkompetenz	55 (+7)	42 (+16)	67 (+8)	46 (-0)	66 (+8)	76 (+17)
Parteibindung	15 (-7)	15 (-7)	13 (-8)	23 (-12)	9 (-10)	15 (-6)

\* Zu 100 Prozent fehlende Werte: weiß nicht / keine Antwort.  
Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 46.

Vor dem Hintergrund einer im Vergleich zu 2004 deutlich größeren Zufriedenheit der Bürger mit der Arbeit der Landesregierung, die jedoch vor allem der SPD zugute kam<sup>26</sup>, erhielt die Landes-SPD in der generellen Bewertung eine außergewöhnlich gute und im Vergleich zur Bundes-SPD deutlich bessere Note, während die Landes-CDU wesentlich schlechter abschnitt<sup>27</sup>. Dabei spielte sicherlich auch eine Rolle, dass – trotz aller Bemühungen der CDU-Führung, die früheren inhaltlichen und personellen Probleme vergessen zu machen – die Mehrheit der Wähler die CDU immer noch als zu zerstritten ansah, um regierungsfähig zu sein, und nur ein Viertel ihr bescheinigte, fähige Politiker an ihrer Spitze zu haben<sup>28</sup>. Wichtiger war jedoch die Tatsache, dass die SPD bei der Kompetenzzuschrei-

26 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 25 f. und Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 18), S. 12.

27 Bei der Frage, was man ganz allgemein von den Parteien hält, wurde die Landes-SPD auf einer Skala von -5 bis +5 durchschnittlich mit 2,1 bewertet (eigene Anhänger 3,5), die Bundes-SPD landete bei 1,3, die Landes-CDU bei 0,5 (eigene Anhänger 3,0) und die CDU im Bund bei 1,1. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 18), S. 13.

28 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 29.

**Tabelle 5: Parteikompetenzen (Angaben in Prozent)**

	SPD	Linke	CDU	FDP	Grüne
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	38	35	12	3	2
Die Wirtschaft in Brandenburg voranbringen	37	9	31	7	2
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	38	12	24	6	2
Eine gute Steuerpolitik betreiben	31	15	24	11	2
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	38	24	20	4	4
Für eine gute Familienpolitik und Kinderbetreuung sorgen	39	28	18	3	4
Eine gute Ausländer- und Integrationspolitik betreiben	36	20	18	3	7
Kriminalität und Verbrechen in Brandenburg bekämpfen	28	12	37	1	1
Eine gute Umweltpolitik betreiben	23	8	11	2	48
Eine gute Energiepolitik betreiben	26	9	18	3	31
Die wichtigsten Probleme in Brandenburg lösen	47	13	20	2	2

Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 26 f.

bung durch die Wähler in fast allen wichtigen Politikfeldern die Führung erringen konnte (vgl. Tabelle 5).

Die Bundes-SPD litt bei der Bundestagswahl darunter, dass sowohl ihre soziale Kernkompetenz, also ihr Markenkern als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als auch ihre Wirtschaftskompetenz längerfristig erodiert waren und dass sie auch im gesellschaftspolitischen Bereich nirgendwo eine klare Führerschaft erringen konnte<sup>29</sup>. Die Landes-SPD hingegen musste sich zwar auch in Brandenburg Vorwürfen wegen ihrer Politik im Bund stellen, konnte aber im Vergleich zu 2004 in ihrer Kernkompetenz der Herstellung sozialer Gerechtigkeit die Linkspartei wieder knapp überholen und lag in der Wirtschaftskompetenz wieder deutlich vor der CDU und noch deutlicher vor der Linkspartei, der die Wähler in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik kein allzu großes Vertrauen schenken<sup>30</sup>.

Hinzu kam, dass die SPD in allen gesellschaftspolitischen Themen – mit Ausnahme der traditionellen CDU-Domäne innere Sicherheit – die höchsten Kompetenzzuschreibungen erhielt, wobei die Linke hier im Gegensatz zum ökonomischen Bereich die CDU überflügeln konnte. Auch bei der Umwelt- und Energiepolitik wurde die SPD für kompetenter gehalten als die Linkspartei oder CDU, allerdings musste sie sich hier den Grünen geschlagen geben, deren Markenkern eindeutig auf diesem Feld liegt. Last but not least traute fast die Hälfte der Wähler der SPD am ehesten zu, die wichtigsten Probleme in Brandenburg zu lösen, die beiden Hauptkonkurrentinnen wurden in der generellen Problemlösungskompetenz deutlich abgehängt.

29 Vgl. hierzu *Oskar Niedermayer*, Von der nachfrageinduzierten zur angebotsinduzierten Asymmetrie? Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD, in: *Eckhard Jesse / Roland Sturm* (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2010 (in Vorbereitung).

30 Das dürfte auch der Hauptgrund dafür sein, dass 87 Prozent der Bürger die Linke als Partei ansahen, die zwar die Dinge beim Namen nennt, aber wenig überzeugende Problemlösungen anbieten kann. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 30.

Bei den Grünen trug – neben einer verbesserten generellen Wahrnehmung ihrer Rolle im brandenburgischen Parteiensystem<sup>31</sup> – ihre Kompetenzführerschaft im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik, die für fast zwei Drittel der themenorientierten Grünen-Wähler wahlentscheidend war, wesentlich zu ihrem vergleichsweise guten Abschneiden bei. Ihr Stimmenzuwachs „basiert in erster Linie auf dem Stimmverhalten von neu zugezogenen Brandenburgern“<sup>32</sup>, und ihr Wähleranteil fällt umso niedriger aus, je weiter man sich vom Berliner Speckgürtel wegbewegt. Die FDP profitierte „von der Schwäche der märkischen CDU, im erheblichen Umfang aber auch von der Profilschwäche der CDU im Bund“<sup>33</sup>. Für eine kleine Partei genießt sie ein relativ großes inhaltliches Vertrauen speziell in der für Unionswähler so wichtigen Steuer- und Wirtschaftspolitik. Daher sah auch die Hälfte der Wähler die FDP als eine gute Alternative für alle an, die sich bei der CDU nicht mehr gut aufgehoben fühlen<sup>34</sup>. Im rechtsextremen Lager führte die gleichzeitige Kandidatur aller drei Parteien zu einer wesentlichen Reduzierung der Chancen auf parlamentarische Repräsentation. Zudem fehlte diesmal das geeignete Mobilisierungsthema, das 2004 in der landesweit als Parole plakatierten „Sauerei Hartz IV“ bestanden hatte, und das rechtsextreme Wählerpotenzial war im Vergleich zu 2004 insgesamt deutlich geringer<sup>35</sup>.

#### 4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Wie schon 2004, bescherte das Wahlergebnis auch diesmal der SPD die beiden Optionen, eine Koalition mit der CDU oder der Linkspartei einzugehen. Über die Frage, wen *Matthias Platzeck* bei seiner „Damenwahl“ erhören würde, gab es kurz vor der Wahl verschiedene Einschätzungen. Während die einen berichteten, dass er das seit 1999 bestehende Bündnis mit der CDU „am liebsten fortsetzen würde, pfeifen in Potsdam die Spatzen von den Dächern“, sahen die anderen die Koalitionsfrage als „völlig offen“ an<sup>36</sup>.

Koalitionsbildungsprozesse werden wesentlich von drei Faktoren beeinflusst: (1) der inhaltlichen Nähe oder Distanz zwischen den Parteien, (2) den Orientierungen der Parteiführungen, also strategischen Kalkülen hinsichtlich der Stellung der eigenen Partei im Parteienwettbewerb, Erfahrungen in vergangenen Koalitionen und Erwartungen hinsichtlich des zukünftigen Verhaltens der bisherigen beziehungsweise möglichen neuen Koalitionspartner, wobei dies auch und gerade die ‚Chemie‘ zwischen den beteiligten Personen einschließt, (3) den Perzeptionen der Parteiführungen über die Orientierungen in den relevanten Parteigremien und in der Wählerschaft.

31 Kurz vor der Wahl sagten zwei Drittel der Bürger, sie fänden es gut, wenn die Grünen im Landtag vertreten wären, und zwei Fünftel waren der Ansicht, die Grünen seien als Gegengewicht zu den großen Parteien wichtig. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 31.

32 Ebenda, S. 11.

33 Ebenda, S. 20.

34 Vgl. ebenda, S. 30.

35 Kurz vor der Wahl gaben diesmal sechs Prozent an, sie könnten sich prinzipiell vorstellen, rechte Parteien zu wählen, vor der Wahl 2004 waren es elf Prozent. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 39.

36 *Matthias Meisner / Thorsten Metzner*, Bei der Linkspartei sieht Platzeck rot, in: Zeit online vom 24. September 2009; *Igor Göldner*, Die Qual der Wahl eines Partners, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 23. September 2009.

Inhaltlich gab es bei beiden Koalitionsoptionen Schnittmengen und Gegensätze, wobei die Hürden für eine Koalition mit der CDU von der SPD sehr hoch gelegt wurden. Zwar hatte *Platzek* im Wahlkampf immer wieder betont, dass beide Parteien in den letzten fünf Jahren gut zusammengearbeitet hätten, schon vor der ersten Runde der Sondierungsgespräche wurden jedoch die Einführung eines Schüler-Bafögs und eines Vergabegesetzes für öffentliche Aufträge mit gesetzlichen Mindestlöhnen als „nicht verhandelbar“ erklärt. Die CDU, die beides im Wahlkampf vehement abgelehnt hatte, warf der SPD daher vor, nicht ernsthaft verhandeln zu wollen<sup>37</sup>. Inhaltliche Streitpunkte mit der Linkspartei waren die Energiepolitik, das heißt die Haltung zur Weiternutzung der Braunkohle, und die Haushaltskonsolidierung. Die Führung der Linkspartei hatte jedoch schon lange vor der Wahl verkündet, es gebe mit der SPD – anders als 2004 – keine grundsätzlichen inhaltlichen Differenzen mehr<sup>38</sup>, und vor dem Beginn der Gespräche signalisierte ein „Konsenspapier“, dass Rot-Rot an inhaltlichen Problemen nicht scheitern müsse.

Für *Matthias Platzek* war das entscheidende Kriterium, dass das Land „verlässlich regiert wird“, dazu müssten aber auch „die Personen miteinander können“<sup>39</sup>. In dieser Hinsicht gab es mit beiden potenziellen Partnern Probleme. Bei der CDU spielten mit *Jörg Schönbohm* und *Ulrich Junghanns* die beiden Personen, die in den Augen der SPD bisher Garanten für eine verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit waren, nach der Wahl keine Rolle mehr. Die Sozialdemokraten befürchteten daher, in der CDU könnten die alten, überwunden geglaubten Querelen nach dem mageren Wahlergebnis wieder aufbrechen. Besondere Brisanz erhielten die Zweifel an der Verlässlichkeit der Christdemokraten durch die Tatsache, dass ein SPD-CDU-Bündnis im Landtag nur eine knappe Mehrheit von fünf Sitzen haben würde und *Platzek* bei der letzten Ministerpräsidentenwahl im Herbst 2004 sechs Stimmen aus dem eigenen Lager fehlten, so dass man einen „*Simonis-Effekt*“ befürchtete. Auch bei der Linken waren Schwergewichte wie *Lothar Bisky*, *Dagmar Enkelmann* und *Heinz Vietze* jedoch nicht mehr dabei und die Kräfteverhältnisse nicht wesentlich berechenbarer. Zudem war für viele in der SPD bis in die Fraktion hinein die Stasi-Vergangenheit des linken Spitzenpersonals ein Problem<sup>40</sup>, und von dem ehemaligen Bürgerrechtler *Platzek*, der die Linke noch auf dem Landesparteitag Ende August 2008 unerwartet scharf attackiert hatte, erwartete man keine Zusammenarbeit mit Stasi-belasteten Personen. Allerdings hatte sich *Platzek* schon im Wahlkampf zu dieser Frage differenziert geäußert<sup>41</sup>.

Neben der personellen Frage spielten strategische Überlegungen eine große Rolle. Zunächst wurden bundespolitische Erwägungen ins Spiel gebracht. Nach dem Desaster der

37 Vgl. *Guðrun Mallwitz*, CDU-Vorwurf: Platzeks SPD will nicht ernsthaft verhandeln, in: Berliner Morgenpost vom 1. Oktober 2009.

38 Vgl. *Igor Göldner*, Linke beklatscht SPD-Beschlüsse, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 8. Juli 2009.

39 Zitiert nach *Guðrun Mallwitz*, Platzek lässt Koalitionsfrage offen, in: Berliner Morgenpost vom 21. Juni 2009.

40 Vgl. *Guðrun Mallwitz*, Linke, CDU? SPD-Fraktion uneinig, in: Berliner Morgenpost vom 30. September 2009.

41 „Wer sich 20 Jahre ernsthaft bemüht hat, unser Gemeinwesen zu gestalten und die Demokratie voranzubringen, hat ein Recht darauf, dass seine gesamte Lebensleistung gewürdigt wird“, zitiert nach *Guðrun Mallwitz*, Freie Wahl für Matthias Platzek, in: Berliner Morgenpost vom 18. September 2009. Diese Äußerung konnte vor allem auf *Kerstin Kaiser* und den Landesvorsitzenden *Thomas Nord* angewendet werden, die ihre Stasi-Tätigkeit frühzeitig offen gelegt und sich mit ihr auseinandergesetzt hatten.

Bundespartei bei der Bundestagswahl spielte man mit dem Gedanken, durch rot-rote Bündnisse in den Ländern eine Blockademacht der SPD im Bundesrat gegenüber der schwarz-gelben Bundesregierung aufzubauen. Nachdem allerdings klar wurde, dass es weder im Saarland noch in Thüringen solche Koalitionen geben würde, zerschlug sich diese Hoffnung<sup>42</sup>. Von großer Bedeutung war für die SPD jedoch eine landespolitische strategische Überlegung: Die Linke war den Sozialdemokraten in den letzten beiden Landtagswahlen gefährlich nahe gekommen und hatte sie bei der zeitgleichen Bundestagswahl sogar erstmals überflügelt (vgl. Tabelle 1), während man die CDU deutlich hinter sich gelassen hatte. Für die SPD sprach daher vieles für den Versuch, die Linke durch Einbindung in eine Koalition zu „entzaubern“, das heißt ihre vollmundigen Wahlkampfversprechen an den politischen Realitäten scheitern zu lassen und damit gleichzeitig zu verhindern, dass sich die Linke als Oppositionspartei populistisch gegen die angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise notwendigen Sparmaßnahmen stellen und damit die SPD bei der nächsten Landtagswahl noch mehr gefährden würde.

Sprachen – neben den inhaltlich größeren Schnittmengen – vor allem strategische Überlegungen seitens der SPD somit eher für eine Koalition mit der Linkspartei, so deuteten die Umfragen darauf hin, dass die Präferenzen sowohl der Brandenburger insgesamt als auch der SPD-Anhänger eher auf Seiten einer SPD-CDU-Koalition lagen<sup>43</sup>, zumal die bisherige Regierungskoalition in den Augen der Wähler nicht abgewirtschaftet und für ihre Arbeit gute Noten bekommen hatte.

Der SPD-Landesvorstand beschloss am Tag nach der Wahl die parallele Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der CDU und der Linkspartei, die „ergebnisoffen“ geführt werden sollten. Bei den ersten drei Sondierungsrunden wurde mit der Zeit immer deutlicher, dass die Gesprächsatmosphäre mit der Linken besser war als mit den Christdemokraten, zumal diese „auftraten wie eine Laienspielerchar“, während sich die Linke „diszipliniert und geschlossen“ präsentierte<sup>44</sup>. Drei Tage vor der entscheidenden letzten Runde stellte die SPD überraschend eine Bedingung für eine rot-rote Koalition: Frühere Stasi-Mitarbeiter dürften kein Regierungsamt bekleiden. Nachdem die in ihrem Amt bestätigte Linken-Fraktionschefin *Kaiser* am Tag vor der Entscheidung erklärt hatte, sie bestehe nicht auf ein Ministeramt, informierte *Platzecks* Vertrauter *Rainer Speer* noch am späten Abend *Johanna Wanka* darüber, dass die SPD aller Voraussicht nach mit der Linken Koalitionsverhandlungen aufnehmen werde. Noch wollte *Platzeck* aber die Verhandlungsrunde mit der Linken am 12. Oktober abwarten. Die lief jedoch so gut, dass er mittendrin *Wanka* anrief und die letzte Sondierung mit der CDU absagte, was *Wanka* als „Verrat an '89“ bezeichnete und von der Bundes-CDU mit „Empörung“ aufgenommen wurde<sup>45</sup>. Noch am selben Abend stimmte der SPD-Landesvorstand Koalitionsverhandlungen mit der Linken zu, der

42 Für den pragmatischen, am Ausweis der Regierungsfähigkeit orientierten Teil der Bundes-Linken erhielt eine rot-rote Koalition in Brandenburg durch das Scheitern rot-roter Bündnisse in den beiden anderen Bundesländern allerdings eine noch größere strategische Bedeutung.

43 In der Vorwahlumfrage von Infratest dimap sprachen sich 50 Prozent der Brandenburger und 57 Prozent der SPD-Anhänger für eine SPD-CDU-Koalition aus, 41 Prozent (40 Prozent der SPD-Anhänger) präferierten eine Koalition aus SPD und Linkspartei, vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 25), S. 36.

44 Parolen und Wirklichkeit, in: SZ vom 13. Oktober 2009.

45 Zitiert nach *Mechthild Küpper*, *Platzecks rot-rotes Projekt* in Potsdam, in: FAZ.Net vom 12. Oktober 2009.

Linken-Vorstand folgte am 13. Oktober, so dass sie am 14. Oktober beginnen konnten. Nach fünf Verhandlungsrunden, die von einem Teil der Basis beider Parteien mit Kritik begleitet wurden, wurde der ausgehandelte Koalitionsvertrag am 27. Oktober von den Verhandlungsführern unterschrieben.

In der Präambel formulierten die zukünftigen Koalitionspartner das Ziel, „das Land zusammenzuführen und weder Menschen noch Regionen zurückzulassen“. Erstmals in einem Koalitionsvertrag wurde auch Stellung zur Vergangenheit genommen: „Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben.“ Das Schuldenaufkommen soll auf „das Notwendige“ begrenzt werden, Priorität haben Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft, wobei die Schulstruktur unangetastet bleibt. Es soll einen Einstieg in eine öffentlich geförderte Beschäftigung geben; allerdings soll aber bis 2019 im Landesdienst – ohne betriebsbedingte Kündigungen und mit Neueinstellungen von Lehrern und Erziehern – jede fünfte Stelle gestrichen werden. In der Energiepolitik setzt man – bei Vorrang erneuerbarer Energien – auf die Braunkohle als „Brückentechnologie“. Damit machte die Linkspartei mit „teilweise erstaunlich weitreichenden Zugeständnissen“<sup>46</sup> an die SPD den Weg zur Regierungsbeteiligung frei.

Auch nach der Einigung auf den Koalitionsvertrag verstummte die Kritik eines Teils der Basis in beiden Parteien nicht. In der Brandenburger Linken richtete sich der Unmut dabei vor allem gegen den Kompromiss in der Energiepolitik, und der vereinbarte Personalabbau im öffentlichen Dienst rief den Bundesvorsitzenden *Oskar Lafontaine* auf den Plan, der Medienberichten zufolge versuchte, aus diesem Grund die Koalition zu verhindern<sup>47</sup>. In der SPD verstärkte *Matthias Platzeck* selbst die grundsätzliche Debatte um das rot-rote Bündnis noch, indem er in einem SPIEGEL-Essay für die Versöhnung mit geläuterten SED- und Stasi-Verstrickten warb<sup>48</sup> und provokativ den Umgang mit den SED-Nachfahren mit der Integration ehemaliger Nationalsozialisten und Mitglieder der Waffen-SS nach 1945 im Westen verglich, was ihm – neben zustimmenden Kommentaren<sup>49</sup> – Gegenwind nicht nur von der Opposition und Wissenschaftlern, sondern auch in der eigenen Partei einbrachte<sup>50</sup>. Trotz dieser Debatte ging der SPD-Sonderparteitag am 4. November „am Ende reibungslos über die Bühne“, während der Landesparteitag der Linken zunächst „für die Landesspitze zur Zitterpartie“<sup>51</sup> wurde, bevor dann doch breite Zustimmung erreicht werden konnte.

Am 6. November 2009 wurde *Platzeck* vom Landtag abermals zum Ministerpräsidenten gewählt. 54 der 86 anwesenden Abgeordneten stimmten für, 32 votierten gegen ihn, Enthaltungen gab es keine. Damit fehlten ihm zwei Stimmen aus der rot-roten Koalition (die dritte war krankheitsbedingt). Große Erleichterung auf Seiten der Koalition wegen der sta-

46 *Gerd Nowakowski*, Empfundener Tabubruch, in: Der Tagesspiegel vom 28. Oktober 2009.

47 Lafontaine gegen Rot-Rot. Linke-Chef wollte Bündnis in Potsdam verhindern, in: FAS vom 8. November 2009, S. 1.

48 Vgl. *Matthias Platzeck*, Versöhnung ernst nehmen, in: Der Spiegel vom 2. November 2009, S. 72 f.

49 Vgl. zum Beispiel „Platzeck hat Recht“, Kommentar der SPD-Bundespräsidenten-Kandidatin *Gesine Schwan*, in: Spiegel online vom 5. November 2009.

50 Vgl. zum Beispiel „Das ist völlig abwegig“, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 5. November 2009; *Andrea Beyerlein*, Platzeck verteidigt NS-Vergleich, in: Berliner Zeitung vom 4. November 2009.

51 *Thorsten Metzner*, Weg für Rot-Rot in Brandenburg frei, in: Der Tagesspiegel vom 5. November 2009. Bei der SPD gab es von 131 Delegierten nur 14 Gegenstimmen bei 7 Enthaltungen.

bilen Mehrheit paarte sich mit Enttäuschung und Wut auf der Seite der CDU. In deren Reihen rührte sich bei der Bekanntgabe der Wahl *Platzecks* keine Hand, und gerade als der Regierungschef seinen Eid auf das Land schwor, sorgte CDU-Vizefraktionschef *Dieter Dombrowski* für einen Eklat, indem er in einer Original-Häftlingsuniform des Stasi-Gefängnisses in Cottbus durch das Plenum lief, um damit dagegen zu demonstrieren, dass frühere Stasi-IMs die Geschicke des Landes mitbestimmen.

Nach der Landessatzung ernannte *Platzeck* die Mitglieder der neuen Regierung. Die SPD erhielt fünf Ressorts, die Linke vier, Chef der Staatskanzlei wurde der langjährige *Platzeck-Vertraute Albrecht Gerber*. SPD-Fraktionschef *Günter Baaske*, der bis 2004 Arbeitsminister war, kehrte in dieses Amt zurück; der bisherige Finanzminister *Rainer Speer* übernahm sein Wunschressort, das Innenministerium, *Holger Rupprecht* blieb Bildungsminister, die SPD-Vizechefin *Martina Münch* wurde Wissenschaftsministerin und die SPD-Abgeordnete *Jutta Lieske*, die bis zum Frühjahr für die Sozialdemokraten den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Bodenreform-Affäre geleitet hatte, übernahm das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. Der frühere EU-Parlamentarier der Linken *Helmuth Markov* wurde Vize-Ministerpräsident und Finanzminister, der auch beim Koalitionspartner als Wirtschaftsexperte geschätzte *Ralf Christoffers* erhielt das Wirtschaftsministerium, die Verkehrsexpertin *Anita Tack* das neu zugeschnittene Ressort Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und der umstrittene *Volkmar Schöneburg* wurde Justizminister<sup>52</sup>.

Schon kurz nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte sorgten zwei neue Fälle von Stasi-Verstrickungen in der Fraktion der Linken – der kulturpolitische Sprecher *Gerd-Rüdiger Hoffmann* und die Landtagsvizepräsidentin *Gerlinde Stobrawa* – dafür, dass „Rot-Rot politisch in schwieriges Fahrwasser“<sup>53</sup> geriet und schon gefordert wurde, „die Zumutung in Brandenburg zu beenden“<sup>54</sup>. Auch die Opposition im Landtag übte harsche Kritik. Die neu gewählte Fraktionsvorsitzende und mit 82 Prozent in ihrem Amt bestätigte CDU-Parteichefin *Johanna Wanka*<sup>55</sup> sprach von einem großen Schaden für Brandenburg; für die FDP, die ihren Spitzenkandidaten *Hans-Peter Goetz* zum Fraktionsvorsitzenden wählte, hat Brandenburg eine „Regierung von Stasis Gnaden“, und die Grünen<sup>56</sup> nannten die Vorgänge einen Skandal<sup>57</sup>.

52 *Schöneburg* hatte „in einem wissenschaftlichen Aufsatz den Begriff Unrechtsstaat für die DDR abgelehnt und die Urteile in den Mauerschützenprozessen als zu hart kritisiert“, *Gudrun Mallwitz*, SPD und Linke vor Parteitag unter Druck, in: Berliner Morgenpost vom 3. November 2009.

53 *Igor Goldner*, So nicht optimal, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 18. November 2009.

54 *Gudrun Mallwitz*, Brandenburg im Stasi-Sumpf, in: Berliner Morgenpost vom 29. November 2009.

55 Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis war die Devise in der Partei „Kein Streit, bloß kein Streit!“, *Werner van Bebber*, Bloß nicht wieder streiten, in: Der Tagesspiegel vom 3. November 2009. Der Parteitag vermittelte den Eindruck, die jahrelangen Lagerkämpfe seien beigelegt.

56 Die Grünen wählten eine neue Parteiführung: *Annalena Baerbock* und *Benjamin Raschke*. Die bisherige Doppelspitze legte die Posten nieder. *Franziska Keller* ist inzwischen Europa-Abgeordnete, *Axel Vogel* führt jetzt die Landtagsfraktion und die Spitzenkandidatin *Marie Luise von Halen* ist Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion.

57 Vgl. *Uwe Müller / Gudrun Mallwitz*, IM „Marisa“ bringt Platzeck in Erklärungsnot, in: Berliner Morgenpost vom 27. November 2009.

## 5. Zusammenfassung

- (1) SPD und CDU hatten ohne größere Koalitionskrisen miteinander regiert, Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt und die Wirtschaftsförderung reformiert. Anderes war angefangen, aber nicht zu Ende geführt worden. Insgesamt fiel die Leistungsbilanz der Landesregierung vor Beginn des Wahlkampfes in den Augen der Brandenburger positiv aus, wobei allerdings vor allem die SPD von dem positiven Urteil profitierte. Dies lag auch an den Nachwirkungen des schlechten Eindrucks, den der CDU-Landesverband durch seinen innerparteilichen Lagerkampf vor allem zwischen 2006 und Ende 2008 hinterlassen hatte.
- (2) Da die Landtagswahl am selben Tag wie die Bundestagswahl stattfand, wurde eine mehr oder minder deutliche Beeinflussung der Chancen der einzelnen Parteien durch die bundespolitische Großwetterlage erwartet. Negativ betraf dies vor allem die SPD, die daher versuchte, durch ein starkes Zuschneiden der Kampagne auf den bekannten und beliebten Ministerpräsidenten *Matthias Platzeck* eine Abkopplung vom Bundestrend zu erreichen.
- (3) Die SPD ging auch diesmal wieder ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf, und alle anderen Parteien außer der chancenlosen rechtsextremen DVU wollten Koalitionspartner der SPD werden. Dadurch wurde ein harter Schlagabtausch verhindert, und die Personenkampagne der mit ihrer geringen Bekanntheit kämpfenden beiden *Platzeck*-Konkurrentinnen *Kerstin Kaiser* und *Johanna Wanka* nahm deutliche Züge eines Wohlfühl-Wahlkampfes an.
- (4) Inhaltlich setzten alle Parteien zum einen auf ihre Kernkompetenzen – SPD und Linke auf die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, CDU und FDP auf die Wirtschaftspolitik, die Grünen auf die Ökologie – und zum anderen auf das klassische landespolitische Thema Bildung, wobei die Bildungspolitik und die Energiepolitik in Gestalt der Haltung zum Braunkohleabbau die kontroversesten Themen waren.
- (5) Obwohl die Landtagswahl von der Bundestagswahl überlagert war – was sich in einer hohen Wahlbeteiligung von 67 Prozent äußerte –, überwogen für die Mehrheit der Wähler landespolitische Motive bei der Stimmabgabe. Die Landes-SPD konnte der bundespolitischen Großwetterlage trotzen und blieb mit 33 Prozent der Stimmen stärkste Partei vor der Linkspartei mit 27,2 Prozent. Dritte Kraft mit 19,8 Prozent wurde auch diesmal die CDU. Die FDP und die Grünen konnten seit 1994 erstmals wieder in den Landtag einziehen, was der DVU nicht wieder gelang.
- (6) Das gute Abschneiden der SPD wurde vor allem als Verdienst *Platzecks* angesehen, der in der Tat in allen Belangen – Bekanntheit, allgemeine Bewertung, Eigenschaftszuschreibungen und Zufriedenheit mit der Arbeit – deutlich vor der Konkurrenz lag. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass bei 42 Prozent der SPD-Wähler inhaltliche Überlegungen zur Sachkompetenz der Partei bei ihrer Wahlentscheidung im Vordergrund standen und die SPD bei der Kompetenzzuschreibung durch die Wähler in fast allen wichtigen Politikfeldern die Kompetenzführerschaft erringen konnte.
- (7) Wie schon 2004, so bescherte das Wahlergebnis auch diesmal der SPD die beiden Optionen, eine Koalition mit der CDU oder der Linkspartei einzugehen. Inhaltlich gab es bei beiden Koalitionsoptionen Schnittmengen und Gegensätze, wobei die Hürden für eine Koalition mit der CDU von der SPD sehr hoch gelegt wurden und die

Linkspartei sich sehr kompromissbereit zeigte. Hinsichtlich einer verlässlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Spitzenpersonal gab es seitens der SPD mit beiden potenziellen Partnern Probleme. Bei der CDU befürchtete man ein Wiederaufbrechen der alten Querelen, bei der Linkspartei war es die Stasi-Vergangenheit des linken Spitzenpersonals.

- (8) Strategisch sprach für die SPD vieles für den Versuch, die Linke durch Einbindung in eine Koalition zu „entzaubern“ und damit gleichzeitig zu verhindern, dass sie sich als Oppositionspartei populistisch gegen die angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise notwendigen Sparmaßnahmen stellen und damit die SPD bei der nächsten Landtagswahl noch mehr gefährden würde. Nach mehreren Sondierungsgesprächen mit CDU und Linken nahmen die Sozialdemokraten Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei auf, was in Teilen beider Parteien auf Kritik stieß, letztlich jedoch mit großer Mehrheit gebilligt wurde.
- (9) *Matthias Platzeck* wurde am 6. November 2009 vom Landtag erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Von den 86 anwesenden Abgeordneten stimmten 54 für ihn, 32 votierten gegen ihn, Enthaltungen gab es keine. Nach der Landessatzung ernannte *Platzeck* die Mitglieder der neuen Regierung. Die SPD erhielt fünf Ministerposten, die Linke vier.
- (10) Schon kurz nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte sorgten zwei neue Fälle von Stasi-Verstrickungen in der Fraktion der Linken dafür, dass Rot-Rot politisch in schwieriges Fahrwasser geriet.

## Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 27. September 2009: Ministerpräsident auf Abruf kann nach vorgezogener Neuwahl schwarz-gelbe Wunschkoalition bilden

*Patrick Horst*

Mit der Bildung der Großen Koalition im April 2005 war die CDU erstmals nach 17 Jahren wieder in der Regierung des nördlichsten deutschen Bundeslandes vertreten. Der Auftrag zur Regierungsbildung war *Peter Harry Carstensen* (CDU), der die Mehrheit für die angestrebte schwarz-gelbe Koalition am Wahlabend knapp verpasst hatte, unverhofft doch noch in den Schoß gefallen, nachdem es der seit 1993 regierenden Ministerpräsidentin *Heide Simonis* (SPD) zuvor in vier Wahlgängen nicht gelungen war, die absolute Mehrheit des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Unterstützung einer vom SSW tolerierten rot-grünen Koalition zu bringen.<sup>1</sup> Das Scheitern von Rot-Grün in Schleswig-Holstein und kurz darauf auch in Nordrhein-Westfalen hatte Bundeskanzler *Gerhard Schröder* (SPD) veranlasst, die Wahl zum Deutschen Bundestag über den Weg einer „unechten“ Vertrauensfra-

1 Siehe zu den Turbulenzen der Regierungsbildung 2005 bei *Thomas Saretzki* / *Ralf Tils*, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmentzückung für Ministerpräsidentin *Heide Simonis* erzwingt Große Koalition, in: ZParl, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 145 – 163, insbesondere S. 155 – 161.